

SPD demokratischer pressediens

P/XXXI/105

3. Juni 1976

Unterstützung für die Kräfte des friedlichen Ausgleichs

Hoher Informationswert einer Reise nach Ägypten und
Kuwait

Von Annemarie Renger MdB
Präsidentin des Deutschen Bundestages

Seite 1 und 2 / 57 Zeilen

Eine Basis deutsch-deutscher Verbundenheit

Weitere Erleichterungen im innerdeutschen Postverkehr
treten in Kraft

Von Egon Franke MdB
Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen

Seite 3 / 38 Zeilen

Maï verdirbt Miesmachern das Konzept

Bemerkungen zu den neuesten Arbeitsmarktdaten

Von Egon Lutz MdB
Mitglied des Bundestagsausschusses für Arbeit und
Sozialordnung

Seite 4 und 5 / 65 Zeilen

Endlich ein wirksames Instrumentarium

Nüchterne Bilanz der Umweltpolitik fällt positiv aus

Von Klaus Konrad MdB
Obmann der Arbeitsgruppe für Umweltfragen in der SPD-
Bundestagsfraktion

Seite 6 und 7 / 55 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhardt Eckert

5300 Bonn 12, Heussallee 2-10
Postfach: 120 408
Pressehaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 37 - 38
Telefax: 08 96 846 - 48 ppbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölnener Straße 108-112, Telefon: 37 66 11

Unterstützung für die Kräfte des friedlichen Ausgleichs

Hoher Informationswert einer Reise nach Ägypten und Kuwait

Von Annemarie Ranger MdB
Präsidentin des Deutschen Bundestages

Mit einer Delegation des Deutschen Bundestages habe ich dieser Tage Ägypten und Kuwait besucht. Die acht Tage, die wir in den beiden arabischen Ländern verbrachten, haben erneut bewiesen, welchen hohen Informationswert - für beide Seiten übrigens - solche Reisen haben. Beherrschendes Thema war die Lösung des Nahostkonflikts.

In Gesprächen mit Präsident Sadat, dem Präsidenten der Volksversammlung, Seyed Marei, und Abgeordneten, darunter der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses, Zacharia Lutfi Gomaa, dem Ministerpräsidenten Mamduh Salem und den Gründern der politischen Parteiorganisationen sowie dem Generalsekretär der Arabischen Liga, Mahmud Riad, haben wir erfahren, welche wichtige Rolle Ägypten der Bundesrepublik Deutschland bei der Lösung des Nahostkonflikts beimißt. Die Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland zu Israel, die in der Vergangenheit vielleicht als störend empfunden wurden, werden nun als besondere Chance angesehen, einen Beitrag zur Lösung des Konflikts zu leisten. Darin liegt eine große Verantwortung für die Bundesrepublik Deutschland.

Die Delegation konnte in allen Gesprächen darauf hinweisen, welche Bedeutung die Bundesrepublik Deutschland einer friedlichen Lösung beimißt. Allerdings mußte immer wieder den weitgehenden Erwartungen an die Bundesrepublik Deutschland entgegengetreten werden. Mit Nachdruck haben wir die Position der Bundesregierung und aller Parteien des Deutschen Bundestages vertreten und allen Gesprächspartnern gegenüber betont, wie sehr wir für die Anerkennung Israels und Garantien sicherer Grenzen eintreten, daß wir uns andererseits aber auch für das Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes einsetzen.

Die Besuche in Alexandria, Suez und Ismailia haben den Eindruck vom Willen der Ägyptischen Führung zur friedlichen Lösung und zum Wiederaufbau der in den Kriegen zerstörten Städte und Industrien vermittelt. Die Dele-

gation hat dies zum Anlaß genommen, ihre Hoffnung zum Ausdruck zu bringen, daß der derzeitige Stillstand in den Gesprächen mit Israel überwunden wird.

In Kuwait ist die Delegation in ähnlicher Weise den Erwartungen der Araber begegnet, die Bundesregierung könne einen Beitrag zur Lösung des Konflikts im Nahen Osten leisten. Den dabei teilweise anklingenden Resentiments, die Israels Lebensrecht zur Debatte stellen, stellte ich jedoch in einer Rede vor den Abgeordneten der Nationalversammlung Kuwaits die auf den Erklärungen 242 und 338 der Vereinten Nationen sowie den Erklärungen der neun EG-Staaten fußenden Positionen der Bundesregierung entgegen.

Kuwaits gewaltiger wirtschaftlicher Aufschwung in den vergangenen 20 Jahren hat ebenso beeindruckt wie die langfristigen Überlegungen, den Reichtum des Landes, den das Öl nur für einen begrenzten Zeitraum sichern kann, auch für die künftigen Generationen zu bewahren. Die geplante Diversifikation der Industrie sowie die Kapitalanlagen in den Industrieländern (wie versichert wurde, ohne die Absicht, Einfluß auf das Management zu nehmen) läßt eine kluge und vorausschauende Politik der Führung dieses reichen arabischen Landes erkennen.

Die stets in großer Offenheit und von den jeweiligen Gesprächspartnern auch mit Leidenschaft geführten Gespräche zum beherrschenden Thema 'Lösung des Nahostkonflikts' haben jedoch gezeigt, daß auch die arabischen Politiker dabei sind, ihre Positionen zu überdenken. Sicher hat auch die Delegation dazu beigetragen, dieses Nachdenken zu fördern. Die klare Position, wonach das Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes und die Errichtung einer eigenen staatlichen Autorität auf den von Israel im Rahmen einer Friedensregelung zu räumenden Gebieten mit der Garantie der Existenz Israels und seiner Grenzen einhergehen muß, ist falschen Erwartungen entgegengetreten und hat sicherlich denjenigen arabischen Politikern, die für einen Ausgleich eintreten, gezeigt, daß sie dabei mit Unterstützung rechnen können.

(-/3.6.1976/ve/pr)

+ + +

Eine Basis deutsch-deutscher Verbundenheit

Weitere Erleichterungen im innerdeutschen Postverkehr treten in Kraft

Von Egon Franke MdB

Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen

Der Post- und Fernmeldeverkehr ist zusammen mit dem Reiseverkehr die tragende Grundlage für die Erhaltung, Erneuerung und Festigung der menschlichen Beziehungen zwischen Deutschen diesseits und jenseits der innerdeutschen Grenze.

Die Vereinbarungen, die auf Grund des heutigen Notenaustausches am 1. Juli 1976 wirksam werden, bringen einige lange geforderte Erleichterungen: so zum Beispiel den Wegfall der Desinfektionsbescheinigung für gebrauchte Kleider und Schuhe; die Angabe des Grundes im Falle einer Beschlagnahme oder Zurückweisung bei Sendungen, die dem Empfänger nicht zugestellt werden; Schmuckblattelegramme u. ä.

Wichtiger noch als diese Einzelverbesserungen ist aber, daß für die Zukunft eine umfassende und sichere Rechtsgrundlage geschaffen werden konnte. Sie gilt sowohl für den Verkehr mit der DDR als auch für den Berlin-Transitverkehr. Die Vereinbarungen sind ein weiterer Beweis dafür, daß ungeachtet der bekannten, unterschiedlichen Auffassungen grundsätzlicher Art durch sachorientiertes, geduldiges und oft zähes Verhandeln akzeptable Regelungen und praktische Fortschritte erzielt werden können. In diesem Fall war, wie bekannt, einer der schwierigsten Punkte die Einbeziehung Berlins in die Vereinbarungen.

Mit dem Inkrafttreten der neuen Vereinbarungen ist eine Phase der innerdeutschen Post- und Fernmeldebeziehungen zu einem gewissen Abschluß gelangt, die mit der ersten Postvereinbarung von 1970 begann und 1971 mit einer umfassenderen zweiten Postvereinbarung fortgesetzt wurde. Der DDR ging es dabei um den Ausgleich ihrer im innerdeutschen Verkehr erbrachten Mehrleistungen, während unsere Seite auf einer schrittweisen Normalisierung, z. B. durch Laufzeitverkürzungen für Briefe und Pakete und den Ausbau der Fernsprechverbindungen, bestand.

Die Verbesserungen des Fernsprechverkehrs sind besonders bemerkenswert: Unter Einschluß Berlins haben wir jetzt 719 Leitungen (1970: 34); 1975 wurden in einer Richtung (West-Ost) rund 9,7 Millionen Ferngespräche geführt (1970 waren es knapp 700.000).

Ausgangspunkt für die neuen Vereinbarungen war der Grundlagenvertrag. Er sah die Übernahme der für beide Seiten vorteilhaften bestehenden Verfahren und Vereinbarungen in ein neu abzuschließendes Abkommen vor. Damit war sichergestellt, daß der ebenfalls mit dem Grundlagenvertrag einhergehende Beitritt der DDR zum Weltpostverein und zur Internationalen Fernmeldeunion nicht zu unumkehrlichen und aufwendigen Formalitäten im innerdeutschen Post- und Fernmeldeverkehr führte. (-/3.5.1976/ve/pr)

+ + +

Mai verdirbt Missemachern das Konzept

Bemerkungen zu den neuesten Arbeitsmarktdaten

Von Egon Lutz MdB

Mitglied des Bundestagsausschusses für Arbeit und Sozialordnung

Man hätte es dem Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeit durchaus gewünscht, daß seine frohe Botschaft vom Mai exklusiv in die Öffentlichkeit hätte tragen können. Aber da war eine undichte Stelle, und so wußte denn die Nation zwei Tage früher, als sie es eigentlich hätte wissen sollen, daß die Arbeitslosenzahl auf nunmehr 953 536 gesunken sei, daß die Zahl der offenen Stellen um 8,9 vH auf insgesamt 274526 zugenommen und die der Kurzarbeiter um fast 30 Prozent auf 250 235 abgenommen habe.

Dieser Mai hatte es in sich; er fiel vortrefflich aus dem Rahmen. So bei der Jugendarbeitslosigkeit (-16,6 Prozent gegenüber dem Vormonat) auf nunmehr 80 306. So im Baugewerbe (-31,3 vH), in der Metallindustrie (-14,3) und in der Textilindustrie (-8,3). Vergleicht man ihn dann noch mit dem Mai 1975, wird seine Besonderheit noch deutlicher. Danach hat sich die Situation in der Metallindustrie um 22,5 Prozent gebessert, in der Textilindustrie um 18,5 vH, im Baubereich um 50,6 Prozent. Bei den offenen Stellen schaut es ähnlich günstig aus.

Im allgemeinen Aufwind hat sich zwar auch die Situation der arbeitslosen Frauen verbessert, aber doch nicht im gleichen Tempo. 454 300 sind jetzt als Stellensuchende gemeldet, die Arbeitslosenquote liegt mit 5,4 vH deutlich über der der Männer (3,5 vH). Zweifellos spielt neben der geringeren fachlichen Qualifikation, die vielen Frauen die Wiedereingliederung in den Arbeitsprozeß erschwert, auch die Tatsache eine Rolle, daß sich die Situation auf dem Teilarbeitsmarkt der Büro- und Verwaltungsberufe nur langsam entspannt. Zur Zeit sind immer noch 243 100 Angehörige dieser Berufe arbeitslos.

Die Frage nach der "Arbeitsmoral" der Arbeitslosen erhellt eine andere Position der Statistik: Seit Jahresbeginn sind 1 392 144 Männer und Frauen neu arbeitslos geworden, in der gleichen Zeit konnten 947 816 Arbeitssuchende in eine neue Tätigkeit vermittelt werden. Lediglich bei 19 777 Arbeitnehmern wurde der Bezug von Arbeitslosengeld befristet ge-

sperrt, weil sie sich geweigert hatten, eine zumutbare Beschäftigung aufzunehmen. Das sind etwas über 2 vH aller zur Vermittlung Anstehenden gewesen.

100 600 ausländische Arbeitnehmer waren im Mai als arbeitslos registriert. Hier nahm die Arbeitslosigkeit deutlich, nämlich um 16,2 vH ab, bei den Frauen ebenfalls wesentlich stärker als bei den Männern. Trotzdem liegt die Arbeitslosenquote mit 4,6 vH wesentlich über den Werten der deutschen Erwerbsbevölkerung.

Die Situation auf dem Teilzeit-Arbeitsmarkt bessert sich ebenfalls nur zögernd. Noch immer suchen 157 079 Frauen und 1520 Männer eine Teilzeitbeschäftigung, aber ein nennenswertes Angebot ist nicht vorhanden. Die Statistik liefert leider keine Aufschlüsselung nach Berufen, man wird aber davon ausgehen können, daß besonders im tertiären Bereich Teilzeitarbeit gesucht wird.

Nimmt man alles in allem kann festgestellt werden, daß das Stängel'sche Rechenwerk vom Mai den Miesmachern gründlich das Konzept verhegelte. Angesichts der jetzt Monat für Monat deutlicher werdenden Verbesserungen auf dem Arbeitsmarkt werden auch die Herren mit den schwarzen Brillen nicht umhin können, den Aufschwung zur Kenntnis zu nehmen. Damit entfällt aber eine wesentliche Voraussetzung, Wahlkampf à la Sonthofen zu betreiben. In Wirklichkeit ist es für die CDU/CSU-Untergangspropheten noch viel schlimmer. Mit jedem Bericht aus Nürnberg wird die Zuversicht der Bevölkerung in die wirtschaftliche Zukunft wachsen und damit der Aufschwung in nicht unwesentlichem Umfange auch psychologisch abgeatmet und vorangetrieben.

Die Politik der Bundesregierung - Besonnenheit in der Krise, Zielstrebigkeit im Aufschwung - findet ihre eindrucksvolle Bestätigung in den jüngsten Zahlen vom Arbeitsmarkt, jetzt kommt es darauf an, überall da, wo sich im Aufschwung Strukturschwächen des Arbeitsmarktes bemerkbar machen, gezielte Hilfen einzusetzen. Auch das Unterschreiten der Millionengrenze wird nur ein weiterer Ansporn sein, die Wiedererringung der Vollbeschäftigung als oberstes Ziel aller Anstrengungen mit verstärkten Kräften anzugehen.

Merke: Nach uralten Bauernregeln werden im Frühjahr die Voraussetzungen für die Ernte im Herbst geschaffen. Die derzeitigen Arbeitsmarkt-Temperaturen sind nicht dazu angetan, den Kohl ins Kraut schießen zu lassen.

(-/3.5.1976/ve/pr)

+ + +

Endlich ein wirksames Instrumentarium

Nüchterne Bilanz der Umweltpolitik fällt positiv aus

Von Klaus Konrad MdB

Obmann der Arbeitsgruppe für Umweltfragen in der SPD-Bundestagsfraktion

Seit 1972 wird auf Beschluß der Vereinten Nationen der 5. Juni alljährlich weltweit als Tag der Umwelt begangen. Zieht man aus Anlaß dieses Tages einmal Bilanz der Umweltpolitik, wie sie seit Übernahme der Regierungsverantwortung durch die Koalitionsparteien im Jahre 1969 konzipiert und durchgesetzt worden ist, so kann mit Genugtuung festgestellt werden, daß mit der Verabschiedung des Gesetzes über Naturschutz- und Landschaftspflege das umfassende Aktionsprogramm der Bundesregierung aus dem Jahre 1971 im wesentlichen erfüllt ist.

Auf der Grundlage dieses Programms - im internationalen Vergleich noch heute beispielhaft - wurden die Rechtsgrundlagen zum Schutz der wichtigsten Umweltgüter zum Teil überhaupt erst geschaffen oder grundlegend umgestaltet. In der Bundesrepublik steht damit ein modernes Instrumentarium zur wirksamen Erhaltung und Sanierung unserer Umwelt zur Verfügung.

Schwerpunkte der Umweltgesetzgebung waren die Neuordnung der Abfallbeseitigung durch das - inzwischen novellierte - Abfallbeseitigungsgesetz und die Schaffung wirksamer Vorschriften zur Luftreinhaltung und Lärmbekämpfung durch das Bundesimmissionschutzgesetz. Durch die Vierte Novelle zum Wasserhaushaltsgesetz und das Abwasserabgabengesetz wurde die Grundlage für eine wesentliche Verbesserung der Qualität unserer Gewässer gegenüber dem heutigen Zustand geschaffen. Mit der Durchsetzung des Vorsorgeprinzips wurde der Einsicht Rechnung getragen, daß ein wirksamer Schutz der menschlichen Lebensbedingungen nur durch eine vorausschauende vorbeugende Sicherung möglich ist. Mit dem Verursacherprinzip ist ein unserer

Wirtschaftsordnung entsprechendes Kostenzurechnungsprinzip entwickelt worden, das die öffentlichen Haushalte schont und die finanzielle Kraft der Gemeinschaft auf die wirklich von ihr zu finanzierenden öffentlichen Aufgaben konzentrieren hilft sowie wirtschaftliche Anreize schafft, Umweltbelastungen zu vermeiden und umweltfreundliche Technologien zu entwickeln.

In der nächsten Phase der Umweltpolitik wird es im wesentlichen darauf ankommen, die in den geschaffenen Gesetzen eingeräumten Verordnungsermächtigungen auszufüllen, das technische Regelwerk zu verfeinern und den wirksamen und lückenlosen Vollzug der Gesetze in der Praxis sicherzustellen. Aufgabe des Gesetzgebers wird es sein, ein modernes Umweltstrafrecht im Rahmen des Strafgesetzbuches zu schaffen, das der besonderen Sozialschädlichkeit von erneuten Verstößen gegen Umweltschutzvorschriften Rechnung trägt.

Die Vorarbeiten dazu sind weit fortgeschritten. Darüber hinaus wird sorgfältig zu prüfen sein, ob der Umweltschutz in diesem Lande durch die Schaffung eines Grundrechts auf menschenwürdige Umwelt nachhaltig gefördert werden kann. Ein wichtiger Beitrag dazu kann auch die Entwicklung neuer Formen der Bürgerbeteiligung bis hin zur Verbandsklage sein.

Die erfolgreiche Umweltpolitik der sozialliberalen Koalition in den letzten Jahren wird auch in Zukunft konsequent weiterentwickelt. Dazu heißt es im Entwurf des SPD-Regierungsprogramms für 1976-1980: "Wir werden dafür eintreten, daß unser hoher Umweltschutz durch koordinierte Maßnahmen in den Nachbarländern abgesichert wird. Wir werden solche Technologien und Wirtschaftsbereiche verstärkt fördern, die mehr Umweltschutz und die Sicherheit der Arbeitsplätze miteinander verbinden."

(-/3.6.1976/hgy/pr)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller